



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Schiffweiler

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 29.09.2021
Sitzungsnummer: GR/027/2021
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Ort: Klinkenthalhalle, Kreisstraße 31, 66578 Schiffweiler

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Markus Fuchs

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Christina Baltes
Frau Nadine Blandfort
Herr Dominik Dietz
Frau Priska Gassert
Herr Ralf Gassert
Herr Rouven Hoffmann
Herr Sebastian Jakobs
Herr Horst Krummenauer
Herr Mathias Mauermann
Frau Helga Patschicke
Herr Dietmar Theis
Frau Anna-Lena Trapp
Herr René Trapp
Herr Detlev Zägel

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Ute Beck
Herr Jonas Franzmann
Frau Jutta Jochum
Herr Mathias Jochum
Herr Hans-Werner Pesl
Herr Stefan Rosar-Haben
Herr Markus Schorr
Herr Markus Weber
Herr Tobias Wiederhold

Mitglieder Fraktion GRÜNE

Herr Arnold Ilgemann
Herr Steven Klein

Mitglieder Fraktion DIE LINKE

Frau Sandy Carmelina Stachel

Mitglieder FDP-FBL Fraktionsgemeinschaft

Frau Vera Maria Haböck
Herr Peter Holzer

von der Verwaltung

Herr Hans-Joachim Beyer
Frau Anna Bick

Herr Dominik Schnur
Herr Thorsten Siebraße

Schriftführer

Frau Julia Klein

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Adolf Baltes entschuldigt
Herr Holger Maroldt entschuldigt

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Manfred Leibfried entschuldigt
Frau Susanne Tornes entschuldigt

Mitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Erwin Mohns entschuldigt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung GR/027/2021 am 29.09.2021, zu der form- und fristgerecht eingeladen wurde, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes 3 „Information zu den aktualisierten Zahlen der Machbarkeitsstudie der Fa. Polyplan“. Die beiden Tagesordnungspunkte „Annahme der Niederschrift...“ werden auf die nächste Sitzung des Gemeinderates verschoben, da die Niederschriften wegen des Umzuges in Rechenzentrum und der Vor- und Nachbereitung der Bundestagswahlen nicht abschließend kontrolliert und korrigiert werden konnten..

Seitens der Mitglieder gibt es keine Einwände gegen die Tagesordnung, sodass über nachfolgende Punkte zu beraten ist:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Annahme der Niederschrift GR/026/2021 vom 15.09.2021 im öffentlichen Sitzungsteil
3. Information zu den aktualisierten Zahlen der Machbarkeitsstudie der Fa. Polyplan Vorlage: TV/023/2021
4. Information zum Stand des Radwegekonzeptes und Benennung von Mitgliedern für eine Arbeitsgruppe Vorlage: IV/059/2021
5. Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage "In den Heiligen Gärten" Vorlage: BV/382/2021
6. Gründung des Zweckverbandes "Erlebnisort Reden" Vorlage: BV/386/2021
7. Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung der Stelle als Leiter der Kämmerei (m/w/d) Vorlage: BV/384/2021
8. Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung einer Stelle als Sachbearbeiter (m/w/d) für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Vorlage: BV/380/2021
9. Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend.

zu 2 Annahme der Niederschrift GR/026/2021 vom 15.09.2021 im öffentlichen Sitzungsteil

Beschluss:

Die Annahme der Niederschrift wird auf die nächste Sitzung des Gemeinderates verschoben.

zu 3 Information zu den aktualisierten Zahlen der Machbarkeitsstudie der Fa. Polyplan Vorlage: TV/023/2021

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 28. Mai 2015 wurde ein Gutachten der Firma Polyplan zur Sanierung des Freibades Landsweiler-Reden vorgestellt. (Der Auszug aus der Niederschrift ist in der Anlage beigefügt.)

Im Vorfeld dieser Machbarkeitsstudie gab es am 24. März 2015 einen Ortstermin, bei dem eine Bestandsaufnahme gefertigt wurde, die die Grundlage für die Machbarkeitsstudie bildet (Protokoll ist in der Anlage beigefügt).

Die Kostenschätzung damals belief sich auf ca. 2,2 Millionen Euro. Aufgrund der Preissteigerung in den letzten sechs Jahren sind diese Zahlen nicht mehr aktuell. Eine aktualisierte Fassung wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 15. September 2021 den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Bruns von der Firma Polyplan kann aufgrund von Terminkollisionen nicht persönlich an der Gemeinderatssitzung teilnehmen, wird aber per Webex-Meeting zugeschaltet. Herr Bruns wird auf die aktualisierten Zahlen eingehen und die Machbarkeitsstudie von 2015 erläutern.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bruns von der Firma Polyplan. Herr Bruns präsentiert und erläutert ausführlich das Gutachten von 2015.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes, Herr Siebraße erfragt ob, wie von einigen Mitbewerbern mitgeteilt, eine biologische Wasseraufbereitung während Corona nicht nutzbar gewesen sei.

Herr Bruns entgegnet, dass dies so nicht stimmt. Viele Bäder mit biologischer Wasseraufbereitung seien während Corona geschlossen gewesen, weil die Abstände nicht eingehalten werden konnten. Die Bäder an sich hätten betrieben werden dürfen.

Mitglied Dietz – SPD – möchte wissen, mit welchen Mehrkosten bei einer Ausführung in Edelstahl anstatt mit Folie zu rechnen ist.

Herr Bruns teilt mit, dass dies wesentlich teurer sei und schätzt die Summe auf ca. 1,2 bis 1,5 Mio. In diesem Fall wären jedoch keine beweglichen Überläufe möglich.

Mitglied Dietz – SPD – erkundigt sich nach einem nachjustierbaren Kopf.

Herr Bruns antwortet, dass nachjustierbare Überlaufrinnen möglich sind.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes, Herr Siebraße möchte wissen, ob das geplante große Becken in das vorhandene Becken eingebaut wird oder ob das vorhandene Becken zurückgebaut wird.

Herr Bruns antwortet, dass das geplante große Becken in das vorhandene Becken eingebaut werden soll.

Herr Bruns wird vom Vorsitzenden verabschiedet.

Mitglied Franzmann – CDU – teilt mit, dass sich auch bei ihm die Frage wegen der Wasseraufbereitung aufgedrängt hätte. Laut Stellungnahme des Umweltbundesamtes birgt die biologische Wasseraufbereitung für Schwimmbadbesucher mit Blick auf Corona ein höheres Risiko.

Mitglied Dietz – SPD – weist darauf hin, dass das Setzungsverhalten auch mit Blick auf die Grubenflutung ein Problem darstellt. Laut Aussage von Herrn Bruns von Polyplan lässt die Lösung mit justierbaren Köpfen mehr Handlungsspielraum, auch was die Grubenflutung etc. angeht. Dies sei in der Studie von Herrn Gruner nicht ausreichend berücksichtigt gewesen und müsse noch genauer betrachtet werden. Allerdings habe auch Herr Bruns auf ein noch zu erstellendes Bodengutachten verwiesen.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes Herr Siebraße teilt mit, dass Herr Gruner aufgrund der mangelnden Klarheit über die Bodenverhältnisse unter dem Becken bereits die Kosten für eine umfangreiche Bodenausbesserung mit einkalkuliert hatte. Welchen Einfluss die Grubensetzungen haben könnten, kann hier allerdings nicht beantwortet werden.

Mitglied Jochum – CDU – hinterfragt warum die Baunebenkosten in der kurzen Zeit von 20 % auf 22 % gestiegen sind.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes, Herr Siebraße erläutert, dass er darum gebeten hatte mit 22 % Baunebenkosten zu rechnen, da diese auch von den anderen Mitbewerbern angesetzt wurden.

Der Vorsitzende informiert, dass nun die 12 Wochen (ab dem 07.07.2021) zur Einreichung eines Förderantrages verstrichen sind. Er habe mit dem Projektträger Jülich korrespondiert um die Zeit zur Einreichung des Förderantrages bis Ende Oktober zu verlängern. Dies wurde auch bereits mündlich zugesagt.

Momentan steht jedoch weder ein Konzept, noch die Finanzierung. Auch bezüglich des Schreibens an das Ministerium ist bisher noch keine Rückmeldung eingegangen. Der Vorsitzende hofft nun auf eine Rückmeldung bezüglich finanzielle Mittel oder Sonderkredite zur Umsetzung eines der Konzepte bis zur Oktobersitzung.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Sondersitzung zum Thema Freibad abzuhalten um die vorliegenden Konzepte abzugleichen und eine Entscheidung über eines der Konzepte zu treffen. Vereinbart wurde mit PTJ, dass ein Konzept als Förderantrag eingereicht werden kann und die Finanzierung noch nachgereicht werden könne. Es müsse allerdings dringend eine Entscheidung für eines der Konzepte fallen.

Mitglied Jochum – CDU – informiert, dass eine Beschlussfassung ohne Finanzierung schwierig ist. Die drei verschiedenen Varianten liegen nun jedoch alle vor.

Mitglied Mauermann – SPD – möchte nicht in einer Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden die Thematik beraten, sondern im kompletten Gemeinderat. Vorab solle in den Fraktionen beraten werden, welche Variante bzw. welches Konzept präferiert wird. Bevor eine Entscheidung für eines der Konzepte fallen kann, muss jedoch die Finanzierung stehen, damit die Gemeinderatsmitglieder wissen, was sich die Gemeinde leisten kann.

Der Vorsitzende würde trotzdem eine kleine Abstimmungsrunde präferieren auch um die Mehrkosten bei einem Edelstahlbecken zu sprechen, das letzten Endes bei den Kosten von Herrn Gruner enthalten war.

Mitglied Mauermann – SPD – sieht den Beschluss von der Finanzierung abhängig. Bei 7,2 Mio € Förderung sollte natürlich das Konzept von Herrn Gruner beschlossen werden. Sollten nur 4,5 Mio € zur Verfügung stehen, sollte die kleinere Variante beschlossen werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass nun zeitnah die Finanzierung geklärt werden und eine Entscheidung getroffen werden muss.

Mitglied Ilgemann – Die Grünen – sieht eine Billigvariante als hinfällig. Das Bauamt ist gefordert um mitzuteilen ob die von Herrn Bruns vorgestellte Variante zukunftsfähig ist oder ob über die Jahre noch weitere Investitionskosten folgen werden.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes Herr Siebraße teilt mit, dass die Planung von Schwimmbädern nur von ganz wenigen Planern in Deutschland vorgenommen wird und dies absolute Fachleute auf ihrem Gebiet sind. Daher maßt er sich nicht an über die Planung dieser Fachleute zu entscheiden. Er wird sich die Planungen trotzdem nochmal anschauen.

Mitglied Wiederhold – CDU – sieht das Problem in den verschiedenen Aussagen, die von den Fachleuten getätigt wurden. Die einen sagen, dass eine biologische Aufbereitung gut sei, die anderen sagen dem, dass diese nicht gut sei. Die einen empfehlen ein Edelstahlbecken, die anderen nicht, etc. Es müssten Pro und Contra zwischen den verschiedenen Varianten auf 15 – 25 Jahre abgewogen werden.

Seiner Meinung nach kann das Freibad zeitlich nach hinten verschoben werden, da auch noch andere Großprojekte anstehen, die eine höhere Priorität genießen wie beispielsweise die Feuerwehr und die KiTa.

Der Vorsitzende erwidert, dass die in Aussicht gestellten 3 Mio € zum Jahresende auslaufen. Es soll gegebenenfalls eine Sondersitzung oder eine vorgezogene Gemeinderatssitzung geben, um einen Beschluss zu fassen.

Da die Qualität des Webex-Meetings aufgrund der wegen Verkehrsproblemen notdürftig gewählten Örtlichkeit von Herrn Bruns nicht zufriedenstellend war, wird die Vorlage den Mitgliedern noch separat zur Verfügung gestellt.

zu 4 Information zum Stand des Radwegekonzeptes und Benennung von Mitgliedern für eine Arbeitsgruppe Vorlage: IV/059/2021

Sachverhalt:

Nach der Auftragsvergabe durch den Gemeinderat im Mai 2021 an das Büro PGV-Alrutz GbR wurden dem Planer zahlreiche Dokumente und Pläne zur Verfügung gestellt, die von diesem ausgewertet wurden. Am 09. September fand nun ein Webex-Meeting statt, bei dem das Planungsbüro dem Bürgermeister, sowie Herrn Siebrasse und Herrn Beyer die ersten Ergebnisse der Auswertungen als Netzentwurf (siehe Anlage) vorgestellt hat.

In diesem Netzentwurf wurden sowohl die aktuellen Planungen des landesweiten Radwegekonzeptes (blau), als auch die vorgeschlagenen kommunalen Planungen (grün) zusammengefasst.

Dieser Netzentwurf stellt die Grundlage für die weitere Planung dar, der im Rahmen eines für Anfang November geplanten Workshops zur Einbindung der Bevölkerung öffentlich diskutiert

werden soll. Nach Möglichkeit soll dieser Workshop als Präsenzveranstaltung in einer Halle stattfinden.

Dieser Workshop soll in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Verwaltung, der Politik und von Interessenverbänden, sowie Polizei vorbereitet werden.

Die Fraktionen werden daher um Benennung von Vertretern für die Arbeitsgruppe gebeten.

Der Vorsitzende schlägt vor, aus jeder Fraktion 1 Mitglied zu benennen. Die Mitglieder benennen folgende Teilnehmer für Arbeitsgruppe:

SPD - Dietmar Theis

CDU – Stefan Rosar-Haben

Bündnis 90/Die Grünen – Arnold Ilgemann

Die Linke – Erwin Mohns

FDP/FBL – Peter Holzer

zu 5 Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage "In den Heiligen Gärten" Vorlage: BV/382/2021

Sachverhalt:

Die Erschließung des Wohngebietes „In den Heiligen Gärten“ wurde in den Jahren 2009 bis 2016 durchgeführt.

Der 3. Erschließungsabschnitt erstreckt sich auf die Grundstücke Gemarkung Stenweiler, Flur 8, Parzellen-Nr.:

173/23, 173/24, 173/25, 173/26, 173/8, 173/27, 173/28, 173/30, 173/31, 173/32, 173/33, 173/34, 173/35, 173/36, 173/37, 173/38, 173/42, 173/43, 173/44, 173/45, 173/46, 173/48, 173/49, 173/50, 173/51, 173/52, 173/53, 173/54, 173/55, 173/56, 173/57, 173/58, 173/59, 173/60, 173/63, 173/67, 173/7, 173/5, 173/4, 173/3 (Teilfläche), 14/2 (Teilfläche).

Aufgrund der Satzung der Gemeinde Schiffweiler über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen unterliegen die durch die Anlage erschlossenen Grundstücke der Beitragspflicht. Der überwiegende Teil der Grundstückseigentümer haben einen Ablösevertrag mit der Gemeinde Schiffweiler abgeschlossen, so dass keine endgültige Bescheiderteilung erfolgt. Lediglich 3 Grundstückseigentümer (7 Grundstücke) sind von der endgültigen Abrechnung der Erschließungsbeiträgen betroffen. Ihnen wird ein endgültiger Abrechnungsbescheid zugestellt.

Die Kosten des Erschließungsaufwandes wurden von der technischen Abteilung des Bau- und Umweltamtes ermittelt.

Da § 8 Abs. 5 der Erschließungsbeitragssatzung einen Beschluß des Gemeinderates über den Zeitpunkt der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage vorsieht, bitte ich um entsprechende Beschlussfassung. Die endgültige Herstellung der Anlage ist nach § 8 Abs. 1 Erschließungsbeitragssatzung mit der Widmung am 11.06.2020 erfolgt.

Beschluss:

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage „In den Heiligen Gärten“ zum 11.06.2020.

zu 6 Gründung des Zweckverbandes "Erlebnisort Reden" Vorlage: BV/386/2021

Sachverhalt:

Der Erlebnisort Reden wurde in den vergangenen 20 Jahren durch die Industriekultur Saar GmbH, dem Landkreis Neunkirchen und der Gemeinde Schiffweiler vom früheren Bergwerk Reden zu einem zu einem überregionalen Tourismusstandort entwickelt. Eine zielgerichtete Tourismusentwicklung ist jedoch nur unter Einbindung der Interessenlagen in der Region möglich. Dies bedarf einer zentralen Steuerung aller Aktivitäten vor Ort durch ein professionelles Standortmanagement, das die Koordinierungsleitung am Standort übernimmt.

Um diese Ziele zu erreichen, soll auf kommunaler Ebene der Zweckverband „Erlebnisort Reden“ gegründet werden. Nur so können die lokalen Akteure auf konzeptionelle und planerische Fragestellungen konkret Einfluss nehmen. Der neue Zweckverband soll die wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Implementierung neuer touristischer Aktivitäten und Attraktionen werden. Dies betrifft neben den infrastrukturellen und touristischen Investitionen auch die Vermarktung des Standorts. Die touristische Weiterentwicklung des Standorts soll daher zukünftig auf kommunaler Ebene durch den Landkreis Neunkirchen und die Gemeinde Schiffweiler erfolgen.

Um die Weiterentwicklung des Standorts Reden voranzutreiben, wird das Saarland den Zweckverband „Erlebnisort Reden“ finanziell fördern. Zur Deckung des notwendigen Finanzbedarfs erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage. Der Umlagebedarf wird für die Wirtschaftsjahre 2021 bis 2025 auf maximal 450.000 € begrenzt. Das Land übernimmt für diesen Zeitraum jährlich 150.000 €. Der Landkreis Neunkirchen und die Gemeinde Schiffweiler tragen jeweils die Hälfte der verbleibenden Verbandsumlage.

Die Gründung des neuen Zweckverbandes soll zum 15.10.2021 erfolgen. Mit der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Erlebnisort Reden“ soll die beigefügte Satzung entsprechend beschlossen werden.

Der Landkreis Neunkirchen und die Gemeinde Schiffweiler haben eine Satzung für den Zweckverband „Erlebnisort Reden“ entworfen, die vom Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsicht als genehmigungsfähig anerkannt wurde. Die Satzung enthält Bestimmungen über die Rechtsform, den Sitz, die Aufgaben, die Organe, die Stimmverteilung und die Finanzierung.

In der konstituierenden Sitzung des Zweckverbandes soll eine Geschäftsordnung verabschiedet werden, die weitere organisatorische Regelungen enthalten soll. Der Zweckverband soll einen hauptberuflichen Geschäftsführer erhalten.

Laut Satzungsentwurf ist vorgesehen, dass die Verbandsversammlung sich aus dem Landrat des Landkreises Neunkirchen, dem Bürgermeister der Gemeinde Schiffweiler und jeweils vier weiteren Mitgliedern des Kreistages bzw. des Gemeinderates Schiffweiler zusammensetzt (insgesamt 10 Mitglieder). Bei Verteilung nach d'Hondt analog der Gemeinderatssitze ergibt sich:

CDU 2 Sitze

SPD 2 Sitze

Die Verwaltung bittet um Benennung der jeweiligen Gemeinderatsmitglieder, die in die Verbandsversammlung des neuen Zweckverbandes „Erlebnisort Reden“ entsandt werden sowie um Nennung der jeweiligen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

Der Satzungsentwurf ist als Anlage beigefügt.

finanzielle Auswirkung:

Die finanziellen Umlage-Verpflichtungen der Gemeinde Schiffweiler beschränken sich auf jährlich höchstens 150.000 €. Demnach muss die Gemeinde Schiffweiler aus ihrem Haushalt eine entsprechende Umlage in vorgenannter Höhe jährlich aufbringen.

Der Vorsitzende erläutert, dass es gewünscht worden ist, dass die kleineren Fraktionen beratend an den Sitzungen teilnehmen dürfen und bittet die SPD und die CDU jeweils die Mitglieder zu benennen, die an den Verbandsversammlungen teilnehmen sollen.

Beschluss:

1. Einstimmig beschließt der Gemeinderat den Beitritt der Gemeinde Schiffweiler zum Zweckverband „Erlebnisort Reden“ und stimmt der Satzung in der als Anlage beige-

fügten Fassung zu – mit der Ergänzung, dass nicht berücksichtigte Fraktionen beratend an den Sitzungen teilnehmen dürfen.

2. Einstimmig beschließt der Gemeinderat die finanziellen Mittel im Rahmen einer jährlich zu entrichtenden Verbandsumlage in Höhe von 150.000 € zur Verfügung zu stellen.
3. Der Gemeinderat entsendet folgende Mitglieder:
SPD-Fraktion:
Holger Maroldt und Dominik Dietz
Stellvertretend Mathias Mauermann und Christina Baltés
CDU-Fraktion:
Mathias Jochum und Stefan Rosar-Haben
Stellvertretend Markus Weber und Jonas Franzmann
Andere Fraktionen:
Als beratende Mitglieder

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung der Stelle als Leiter der Kämmerei (m/w/d) Vorlage: BV/384/2021

Sachverhalt:

1. Problem und Zielbeschreibung:

Der Stelleninhaber der Stelle Nr. 4 Teil A -Beamte- des Nachtrags-Stellenplanes 2021 ist am 05.09.2021 durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommen. Daher ist die Stelle Nr. 4 als Leiter der Finanzverwaltung (m/w/d) vakant.

2. Lösungsvorschlag und Alternativen:

Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Schiffweiler auch künftig gewährleistet werden kann, ist es notwendig die Stelle zeitnah neu zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 13 ausgewiesen. Um jedoch einen möglichst breiten Bewerberkreis ansprechen zu können, soll die Stelle alternativ im Angestelltenbereich ausgeschrieben werden:

- Für Bewerber (m/w/d), die die Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzen oder
- Für Bewerber mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung als Verwaltungsfachwirt (m/w/d) oder erfolgreich abgeschlossenem Studium zum Diplom-Betriebswirt (m/w/d), zum Diplom-Finanzwirt (m/w/d), zum Bachelor of Laws (LL.B.), zum Bachelor of Arts – Public Management oder im Bereich Verwaltungswissenschaften

Des Weiteren wird eine mehrjährige praktische Erfahrung im kommunalen Finanzbereich mit fundierten Kenntnissen im Kommunal- und Haushaltsrecht, Verwaltungsverfahrensrecht sowie Kassen- und Rechnungswesen zur Ausübung der Stelle als zwingend erforderlich angesehen.

3. Finanzielle Auswirkungen und sonstige Kosten:

Keine.

4. Relevanz im Umwelt- und Klimaschutz:

Keine.

Der Vorsitzende erläutert, dass der Leiter der Kämmerei tragisch verunglückt ist und sein Stellvertreter noch nicht lange dabei ist. Daher ist es dringend notwendig die Stelle auszu-

schreiben. In der Vorberatung im Hauptausschuss hat man sich darauf geeinigt dem Gemeinderat zu empfehlen die Stelle zunächst als Beamtenstelle auszuschreiben und für den Fall, dass kein geeigneter Bewerber (m/w/d) gefunden werden kann, die Stelle dann auch für Angestellte auszuschreiben.

Beschluss:

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, die Stelle als Leiter der Kämmerei (m/w/d) mit beiliegender geänderter Stellenausschreibung, zunächst nur für Beamte, öffentlich auszuschreiben.

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung einer Stelle als Sachbearbeiter (m/w/d) für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Vorlage: BV/380/2021

Sachverhalt:

1. Problem und Zielbeschreibung:

Die Stelleninhaberin der Stelle Nr. 11 im Nachtragsstellenplan Teil B der Beschäftigten 2021 hat mit Schreiben vom 16.09.2021 schriftlich mitgeteilt, dass Sie ihr Arbeitsverhältnis zur Gemeinde Schiffweiler lösen möchte und um einen Aufhebungsvertrag zum 30.11.2021 gebeten.

Die Verwaltung beabsichtigt dem Wunsch der Beschäftigten zu entsprechen und einen Aufhebungsvertrag zum 30.11.2021 zu schließen.

2. Lösungsvorschlag und Alternativen:

Da die Gemeinde Schiffweiler das Ziel verfolgt den Bürgerinnen und Bürgern, durch eine gute Kommunikation, die neuesten Informationen aus der Verwaltung, der Gemeinde und der Gemeinderatsarbeit zu vermitteln, ist es notwendig, die Stelle zum 01.12.2021 wieder zu besetzen.

Um einen möglichst nahtlosen Übergang zu gewährleisten, beabsichtigt die Verwaltung die vakante Stelle im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei entsprechender Ausbildung bis zur Entgeltgruppe 9c mit beiliegender Stellenausschreibung schnellstmöglich öffentlich auszuschreiben.

3. Finanzielle Auswirkungen und sonstige Kosten:

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

4. Relevanz im Umwelt- und Klimaschutz:

Keine.

Beschluss:

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, die vakante Stelle im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit beiliegender Stellenausschreibung schnellstmöglich auszuschreiben.

zu 9 Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, dass sowohl der Widerspruch als auch die Klage bezüglich „Anstieg Grubenwasser“ von den RA Friedrich eingeleitet wurden.

Der Bauantrag für das Gerätehaus Löschbezirk Nord wurde diese Woche bei der UBA zur Prüfung eingereicht.

Für den Anbau Grundschule Schiffweiler liegt nun kann der entsprechende Förderantrag gestellt werden.

Bezüglich des Themas ISEK hatte der Stabstellenleiter Herr Dürk mit Hugo Kern von Kern-Plan und Frau Hepp vom Innenministerium.

Herr Dürk hatte am 23.09.2021 ein längeres Telefonat mit Frau Hepp um die Situation ISEK und Netto-Markt Landsweiler bzw. den Erwerb des Anwesens Schmal ausführlich zu erörtern. Frau Hepp sieht keine Notwendigkeit bei dieser Sachlage noch einen weiteren Besprechungstermin durchzuführen. Sie bittet die Gemeinde dringend ISEK abzuschließen und vorzulegen. Sie verweist auf das Schreiben von Frau Uhlig, dass die Gemeinde Gefahr läuft bei nicht rechtzeitiger Vorlage nicht in das Programm 2022 aufgenommen zu werden mit der Folge evtl. eine weitere Förderung in den Jahren danach zu gefährden. Zur Ansiedlung eines Netto-Marktes hätten sie sich klar positioniert. Dieses Vorhaben sei **nicht** mit den Zielaussagen ISEK verträglich und von ihrer Behörde nicht positiv beurteilt.

Sie sieht keine Möglichkeit der Gemeinde zur Zeit verbindlich zuzusagen, dass ein Erwerb des Anwesens „ehemaliges Möbelhaus Schmal“ und ein Abbruch durch ihr Ministerium definitiv gefördert wird. Grundsätzlich kann sie bestätigen, dass Grunderwerb und Abbruch förderfähig sein können, **wenn ein Projekt mit öffentlichem Nutzungszweck** als Folgenutzung kommt.

Derzeit wären noch ausreichend Fördermittel vorhanden, Grundlage ist jedoch ein vorliegendes ISEK mit Ausweisung eines Sanierungsgebietes und die Vorlage prüffähiger Projektunterlagen.

Grundsätzlich kann sie sich das bei Projekten zum Konzept „Neue Ortsmitte Landsweiler 2.0“ vorstellen.

Es wird daher keinen weiteren Abstimmungstermin geben, da dieser keine weiteren Erkenntnisse bringen würde, es sei denn die Rahmenbedingungen ändern sich.

Der Vorsitzende fragt nach, ob eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema ISEK noch erforderlich gesehen wird, da es ja bereits ein klares Zeichen aus Saarbrücken gegeben hat. Die Bürgerinformationsveranstaltung sollte dann in jedem Fall ohne das Thema Netto-Markt stattfinden. Dieses Projekt wurde bereits vom Investor in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates dargelegt. In der Oktobersitzung sollte nun endlich ein Schlusstrich unter das Thema gezogen werden. ISEK muss beschlossen werden um für 2022 noch eine Förderung erhalten zu können.

Mitglied Jochum – CDU – ist über die klare Ansage aus Saarbrücken bezüglich Ansiedlung eines Netto-Marktes überrascht, da schon öfter davon gesprochen wurde, dass der Netto-Markt in ISEK integriert werden könnte. dies nun doch sehr klar formuliert wurde. Eine Bürgermeinung seiner Meinung nach zwingend erforderlich.

Klar ist, dass alle den gleichen Wissensstand brauchen, da bereits mehrmals nachgefragt wurde, ob es eine schriftliche Aussage zur Vereinbarkeit des Netto-Marktes mit der Landesplanung gebe.

Der Investor hat die Größe des Marktes so gewählt, dass er die Landesplanung nicht braucht. Daher stellt sich die Frage ob die Landesplanung dazu überhaupt Stellung nehmen muss.

Mitglied Theis – SPD – teilt mit, dass die CDU den Beschluss von ISEK blockiert habe.

Mitglied Jochum – CDU – fragt nach woher die Erkenntnis komme, dass die Landesplanung den Netto-Markt ablehnen würde.

Der Vorsitzende bittet das Thema außerhalb des Gemeinderates zu klären.

Mitglied Jochum – CDU – will nur den gleichen Wissensstand wie die SPD haben. Er fragt nach, ob es eine schriftliche Aussage von Seiten der Landesplanung in der Verwaltung gebe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es eine solche Aussage in der Verwaltung nicht gebe. Insbesondere, weil mit der Planung des Netto-Marktes bewusst die Quadratmetergrenze der Landesplanung von 800 qm unterschritten wurde.

Mitglied Mauermann – SPD – teilt mit, dass hier geschickt versucht wurde die Landesplanung zu umgehen. Es sei ihm nicht bekannt, dass die Landesplanung dies ablehnt habe oder dass es eine schriftliche Aussage diesbezüglich gibt.

Mitglied Jochum – CDU – lobt die Verwaltung für die sehr gute Ausrichtung der Bundestagswahl. Alles hat sehr gut funktioniert und die Wahllokale waren sehr gut eingerichtet und vorbereitet.

Auch findet er die von Frau Vogt vorbereitete Ortsrallye sehr gelungen. Mit Blick auf das Thema Tourismus sollte dies dauerhaft in der Gemeinde angeboten werden.

Mitglied Stachel – Die Linke – erfragt die Schadenregulierung Stülzehofer und B41 bezüglich der Schäden des Schwerlastverkehrs an. Verursacht wurden diese durch die Anlieferungen der Windkraftträder.

Der Leiter des Bau- und Umweltamtes, Herr Siebraße teilt mit, dass es vertraglich geregelt wurde, dass die Firmen den Zustand wieder herstellen müssen. Hier gab es eine Bestandsaufnahme vor der Anlieferung des 1. Windrades.

Mitglied Dietz – SPD – informiert in diesem Zusammenhang, dass auf dem Weg Richtung Kreuz der Weg schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wenn das letzte Windrad gebaut ist, sollten diese Schäden auf jeden Fall auch behoben werden.

Mitglied Weber – CDU – erfragt die Planung der Gemeinde bezüglich Corona Lockerungen in den Kindertageseinrichtungen, da im Saarland ab dem 01.10.2021 weitreichende Lockerungen in Kraft treten sollen.

Die stellvertretende Hauptamtsleiterin Frau Bick teilt mit, dass eine Verschärfung aufgrund der klaren Hygieneempfehlung des Landesjugendamtes erfolgte und daher die Gruppen streng zu trennen sind. Sobald die Finanzierung der Lollitests von Seiten des Landesjugendamtes geklärt ist und diese ausgeliefert werden, darf voraussichtlich wieder gelockert werden. Dies kann sich jedoch bis Anfang November hinziehen.

Mitglied Weber – CDU – teilt mit, dass derzeit großer Unmut herrscht, da in den Schulen keine Masken mehr benötigt werden, jedoch die Zeiten in den Kindergärten verkürzt werden um eine Durchmischung zu vermeiden.

Frau Bick teilt mit, dass im gestrigen Elternausschuss der KiTa wenige Eltern mit den Öffnungen Probleme bekundet haben. Die Randzeiten betreffen nur 3-5 Kinder. Sollten Gruppen durchmischt werden und eine Infektion stattfinden, so müsste die komplette Einrichtung geschlossen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die komplette IT der Verwaltung in das neue Rechenzentrum umgezogen ist.

Markus Fuchs
Vorsitzender

Julia Klein
Protokollführerin

Adolf Baltes, SPD

Vera Haböck, FDP